

FDP

Die Liberalen

B.2**Gute Besserung
Gesundheit**

Der Kreisparteitag hat beschlossen:

Antragsname:

Für eine zukunftsfähige

Gesundheitspolitik in Essen

Antragsteller:

Claas Hüttenrauch

Antragsergebnis:

Ja: 55**Nein:** 0**Enth.:** 1

Seite 1 von 4

5 **Gute Besserung -
Für eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik in Essen**

10 Die Gesundheitsbranche ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Schon heute ist jeder 10. Bundesbürger in der Gesundheitsbranche tätig. In vielen Regionen Deutschlands ist die Gesundheitsbranche zu einem bedeutenden Standortfaktor und Motor für neue Arbeitsplätze geworden. Dies gilt auch für Essen. Allein in den Arztpraxen Deutschlands sind etwa 130.000 Ärzte und etwa 520.000 Mitglieder medizinischer Assistenzberufe tätig.

15 Die Essener Liberalen wollen die Chancen einer modernen Gesundheitsversorgung für die Ruhrmetropole Essen in der nächsten kommunalen Legislatur weiterentwickeln. Es muß dabei wieder eine Balance zwischen Belangen des Gemeinwohl und individueller Selbstverantwortung für Solidarität und Subsidiarität im Gesundheitswesen gefunden werden. Auch müssen strukturelle Fehlentwicklungen durch die Gesetzgebung der vergangenen Jahre korrigiert und kommunal kompensiert werden.

25 Essen als die Gesundheitsstadt im Ruhrgebiet zeichnet sich durch eine Vielzahl medizinischer Versorgungsangebote aus. Der stationäre Sektor mit Krankenhäusern der Vollversorgung bietet eine Gewährleistung der Gesundheitsversorgung auf internationalem Spitzenniveau. Die niederschwellige wohnortnahe Versorgung der Essener Bevölkerung wird in gewachsenen dezentralen Strukturen durch einen leistungsbereiten, hoch engagierten medizinischen Mittelstand in Einzel- und Gemeinschaftspraxen von Haus- und Fachärzten unter besonderer Berücksichtigung des Arzt-Patienten-Vertrauen gesichert.

35 Krankenhäuser brauchen finanzielle Planungssicherheit für hochqualifiziertes Personal und Investitionsfreiräume, um den medizinischen Fortschritt stationär behandlungspflichtiger Krankheitsfälle realisieren zu können. Der Erhalt freier Praxen für die ambulante Versorgung ist ein besonderes liberales Ziel für die Kommunalpolitik der nächsten vier Jahre. Hier sind ordnungspolitische Rahmenbedingungen erforderlich, die die zukünftige Sicherung von über 96% der Patientenbehandlungen als ambulante Maßnahmen bei freiberuflichen Haus- und Fachärzten garantieren. Zu einem fairen Wettbewerb gehört notwendiger Weise, daß gleiche Leistungen, unabhängig davon ob sie ambulant oder stationär erfolgen, grundsätzlich gleich zu vergüten sind. Auch sind Wettbewerbsverzerrungen durch Anbieter ambulanter Leistungen, die solche aus Krankenkassenmitteln oder mit stationären Einkünften von Kliniken subventionieren, abzulehnen. In der Gesundheitsstadt Essen soll den gewachsenen Praxis-Strukturen Rechnung getragen werden.

45

B.2**Gute Besserung
Gesundheit**

Die liberale Kommunalpolitik will sich dafür einsetzen, daß die bundespolitischen Vorgaben die medizinische Versorgung der Kommune nicht gefährden. Im Austausch mit der Landespolitik sollen geeignete Strukturmaßnahmen insbesondere für den medizinischen Mittelstand gefunden werden, die den guten Ruf der hochwertigen, wohnortnahen Versorgung im ambulanten Sektor fördern. Die Umsetzung des § 116 SGB V durch den stationären Sektor, Spezialambulanzen zu eröffnen, darf in Essen erst dann unter Berücksichtigung echter Bedarfe erfolgen, wenn die ambulante Versorgung eine erforderliche spezifische medizinische Sicherstellung nicht umsetzen kann. Die Kostenträger sind aufgerufen, die Umsetzung medizinischer Maßnahmen stets auf der günstigsten Versorgungsebene zu realisieren. Hier gilt das Prinzip „ambulant vor stationär“. Für den Bürger sind Anreize zu schaffen, sich bei medizinischen Fragestellungen, die ambulant oder stationär erfolgen können, ebenfalls aus Gründen von Wirtschaftlichkeit und Effizienz für eine ambulante Behandlung zu entscheiden.

Antragsname:

Für eine zukunftsfähige
Gesundheitspolitik in Essen

Antragsteller:

Claas Hüttenrauch

Seite 2 von 4

Die elektronische Gesundheitskarte mit zentraler Datenspeicherung wird abgelehnt, da sie unkalkulierbare Datenschutzrisiken birgt, wie jüngste Datenskandale im In- und Ausland zeigen. Eine dezentrale Patientenakte kann freiwillig für Patient und Patient eingerichtet werden. Sämtliche elektronische Speicherverfahren in Krankenhäusern und Praxen sind auf weitestgehende Datenschutzgarantien für die Essener Bürger zu überprüfen.

Die Liberale Partei in Essen schreibt deshalb in ihrem Kommunalwahlprogramm 2009 folgendes fest:

1. Die Essener Liberalen fordern, dem Bürger die freie Arztwahl auch in Zukunft zu garantieren. Einer Aushebelung der freien Arztwahl durch Selektivverträge oder steuernde Kassenprogramme ist entgegenzuwirken.
2. Die Essener Liberalen fordern international konkurrenzfähige Gehälter für die Beschäftigten im kommunalen Gesundheitswesen, hier des ambulanten Mittelstandes sowie des stationären Sektors, um einen hochwertigen Schutz der Gesundheit aller Essener Bürger zu gewährleisten. Unbezahlte Mehrarbeit im Umfang von 50 Mio Arbeitsstunden jährlich sind als unzumutbar zurückzuführen. Eine Unterfinanzierung der Pflege ist zu beenden. Im Krankenhaussektor sollen mindestens 50 % der Kliniken in gemeinnütziger oder öffentlicher Trägerschaft bleiben. Lokale oder gar regionale Monopolisierung darf nicht zugelassen werden.
3. Die Essener Liberalen lehnen den überbordenden und monströsen Bürokratismus in Kliniken, Praxen und Pflegeeinrichtungen ab. Es ist Ausdruck einer massiven Fehl- und Übersteuerung im Gesundheitswesen Gesundheitsmarkt, wenn Dokumentations- und Verwaltungsaufgaben mehr Zeit der Gesundheitsdienstleister beanspruchen als die Patientenversorgung. Qualitäts- und Effizienzsteigerung darf nicht durch exzessive Bürokratiekontrollen wieder zunichte gemacht werden.

B.2

Gute Besserung Gesundheit

4. Die Essener Liberalen fordern die Stärkung der ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung durch freiberufliche, unabhängige Ärzte sowie ein gleichberechtigtes Schnittstellenmanagement von Krankenhäusern und Praxen. Die FDP unterstützt, daß zukünftig nur Ärzte (selbständig oder angestellt im Verhältnis mindestens 1 zu 3) und nicht Kapitalgesellschaften oder Krankenhäuser die ambulante Versorgung realisieren dürfen. Bestehende Strukturen haben Bestandsschutz. Für den Laborbereich können Sonderregelungen gelten. Um Effizienz und Wirtschaftlichkeit zu fördern, muß der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gelten. Um einen fairen Wettbewerb der Versorgungsebenen zu generieren, sollen gleiche Leistungen unabhängig vom Ort der Erbringung grundsätzlich gleich vergütet werden. Die wohnortnahe ärztliche Versorgung der Bevölkerung ist als ein Grundelement von Sozialpolitik in einer älter werdenden Gesellschaft zu begreifen. Gleiches gilt im Pflegebereich für die Präferenz der häuslichen gegenüber der stationären Pflege.
5. Eine staatlich dirigierte, rationierte Einheitsmedizin mit Verlust des Arztes als Bezugsperson wird von den Essener Liberalen abgelehnt. Eine staatlich diktierte Listenmedizin schafft einen inhumanen Paradigmenwechsel, indem sie dem kranken Menschen als Individuum nicht gerecht wird.
6. Die Essener Liberalen fordern, das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt und Angehörigen medizinischer Assistenzberufe zu stärken, anstatt es durch Rationierungszwänge und bürokratische Gängelung zu gefährden. Die immer neuen Gesetze, Kontrollen und Vorschriften auch im Pflegebereich sind zu reduzieren. Einstufungsverfahren für stationäre Pflegeheimbewohner sind zu vereinfachen. Die Schnittstellenkommunikation von ambulant und stationär ist zu fördern.
7. Die Essener Liberalen lehnen Sanktionierungsmechanismen mit dem Ziel von Kosteneinsparungen, zum Beispiel in Form von Regressen, bei den Berufstätigen in der Krankenversorgung ab.
8. Die FDP lehnt die Abwälzung des Morbiditätsrisikos unserer alternden Gesellschaft auf die Essener Ärzte entschieden ab.
9. Die Essener Liberalen lehnen die Einführung der „Elektronischen Gesundheitskarte“ mit zentraler Datenspeicherung ab. Der Datenschutz kann im vorliegenden Konzept nicht gewährleistet werden. Zudem existiert keine nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Analyse. Wir lehnen den gläsernen Patienten und den gläsernen Arzt ab, da dies das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient im innersten Kern gefährdet. Eine dezentrale Datenspeicherung ohne dauerhafte Vernetzung kann für Patient und Arzt freiwillig erfolgen.
10. Die Essener Liberalen fordern mehr Transparenz für alle Beteiligten im kommunalen Gesundheitswesen, damit Essen seinen Spitzenplatz auch in Zukunft als die führende Gesundheitsstadt im Ruhrgebiet behält.

Antragsname:

Für eine zukunftsfähige
Gesundheitspolitik in Essen

Antragsteller:

Claas Hüttenrauch

Seite 3 von 4

B.2

Gute Besserung Gesundheit

5 Eine solche Transparenz ist im System der heutigen Krankenversicherung mit
Sachleistung nicht möglich. Die Einführung eines EU-konformen
Kostenerstattungssystems im Bereich der ambulanten Gesundheitsversorgung mit
solidarischer Abfederung wirklich sozial Bedürftiger wird dazu beitragen, daß den
10 Bürgern vernünftige Standards auch dort wieder ermöglicht werden. In einer
Demokratie müssen alle Bürgerinnen und Bürger als mündig und
selbstverantwortlich ernst genommen werden. Dazu gehört notwendig die Freiheit,
über den Umfang der eigenen Gesundheitsversorgung frei von Bevormundung
durch Staat oder Kostenträger selbst und eigenverantwortlich bestimmen zu
dürfen.

Antragsname:

Für eine zukunftsfähige
Gesundheitspolitik in Essen

Antragsteller:

Claas Hüttenrauch

Seite 4 von 4